

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 10

Artikel: Sicherheitspolitische Folgen des Machtwechsels in Afghanistan
Autor: Schilling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-976288>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitische Folgen des Machtwechsels in Afghanistan

Nach dem von vielen Experten lange vorausgesagten und mit der Machtübernahme der Taliban in Kabul am 15. August 2021 sichtbaren Scheitern der westlichen Bemühungen unter Führung der USA, in Afghanistan ein demokratisches Regime dauerhaft zu etablieren und die radikal-islamischen Kräfte von der Herrschaft fernzuhalten, werden die europäischen Länder mit einer weiteren umfassenden Welle der Migration rechnen müssen.

Walter Schilling

Dieses Geschehen wird die nach der ersten grossen Welle der Migration im September 2015 aufgetretenen Konflikte innerhalb und zwischen den europäischen Ländern einmal mehr verschärfen und das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit der westlichen Länder im Weltmassstab nachhaltig erschüttern.

Gefährliche Entwicklungen

Der erneute Zustrom grosser Gruppen von Migranten trifft auf eine politische und gesellschaftliche Situation in Europa, die bereits durch zahlreiche Konflikte gekennzeichnet und durch erhebliche Schwächen in der Regierungsführung herausgefordert ist. Die meisten Regierungen in Europa zeigten sich angesichts der Machtübernahme der radikal-islamischen Taliban in Afghanistan unvorbereitet und suchten ihr Heil in hastig getroffenen Massnahmen und Forderungen, die von den jetzt auf sie zukommenden Belastungen ablenken sollen. Die Zerstrittenheit und die vielfach zu beobachtende Ratlosigkeit der Politiker in den meisten europäischen Ländern mit Blick auf die Migration zahlreicher Menschen aus dem Nahen Osten, aus Afrika und nunmehr aus Afghanistan spiegeln den Tatbestand wider, dass in weiten Kreisen der europäischen Gesellschaften noch nicht verstanden worden ist, welche tiefgreifenden Probleme mit dieser Entwicklung verbunden sind. Der vielfach vorgetragene Gedanke europäischer

Politiker, den Grossteil der aus Afghanistan kommenden Menschen in den Nachbarländern unterzubringen und diese Länder finanziell zu unterstützen, wird wohl nicht gelingen. Die Nachbarländer Afghanistans – z. B. Usbekistan und Tadschikistan – sind an guten Beziehungen zum neuen Regime in Kabul interessiert und wollen keine Belastungen akzeptieren. Auch der Iran und Turkmenistan kommen für die Überlegungen der europäischen Politiker, die afghanischen Migranten dort zu versorgen, nicht in Frage. Selbst Pakistan, in dem ca. 1,5 Millionen Afghanen leben, ist dabei, seine Grenzen für afghanische Migranten dichtzumachen. Und der türkische Präsident Erdogan hat bereits erklärt, dass die Türkei we-

der Grenzwächter noch Flüchtlingslager der Europäischen Union sein wird. Der Migrationsdruck dürfte daher die europäischen Länder voll treffen.

Darüber hinaus wird die chaotische Art und Weise und vor allem das Tempo, mit dem die radikal-islamischen Taliban die «Weltmacht» USA und deren Verbündete aus dem Lande trieben, für die US-Regierung und ihre Partner noch nachhaltige Folgen haben und künftige Überlegungen für Interventionen erschweren. So dürfte sich die Regierung in Taiwan fragen, ob sie sich mit Blick auf die Ansprüche und Vorgehensweisen Chinas weiterhin auf die «Schutzmacht» USA verlassen kann. Selbst der derzeit noch laufende Einsatz militäri-



► Mullah Abdul Ghani Baradar: Zukünftiger Präsident Afghanistans?
Bild: Tolonews



scher Kräfte Frankreichs und Deutschlands gegen die islamistischen Kämpfer in Mali wird zunehmend hinterfragt und möglicherweise schon in naher Zukunft abgebrochen werden. Schliesslich haben die islamistischen Kämpfer in aller Welt einmal mehr vorgeführt bekommen, wie wertvoll es ist, wenn man – wie die Taliban – das Gesetz des Handelns bestimmt und die damit verknüpfte «Macht der Bilder» nutzen kann. Und nicht zuletzt werden auch die zahlreichen westlichen Nichtregierungsorganisationen, die sich in Afghanistan und in vielen anderen Ländern für die Durchsetzung «westlicher Normen und Werte» und den entsprechenden gesellschaftlichen Umbau engagiert haben, einsehen müssen, dass ihre Vorstellungen von einer universellen Weltordnung nicht durchsetzbar sind.

Perspektiven

Die mit der Machtübernahme der radikal-islamischen Taliban in Afghanistan und der darauf folgenden Migration grosser Grup-

pen von islamisch geprägten Menschen verbundene Polarisierung der Gesellschaften in den meisten europäischen Ländern wird nicht nur das politische Handeln der Regierungen zunehmend bestimmen und für tiefgreifende Konflikte sorgen. Mit Afghanistan gerät auch ein weiteres Land in den Umkreis der geopolitisch beeindruckenden Machtentfaltung: China. Dabei werden die Chinesen – anders als ihre Vorgänger in dieser Region, also die Briten, die Sowjets und die NATO-Länder – ein weiteres Land an sich binden, ohne militärische Streitkräfte einsetzen zu müssen. Die damit verknüpfte Veränderung der Korrelation der Kräfte in der Welt zugunsten Chinas ist auch sicherheitspolitisch relevant. Wie problembewusst und konsequent die politische Führung Chinas ist, zeigt die Tatsache, dass eine hochrangige Delegation der Taliban bereits Ende Juli 2021 vom chinesischen Aussenminister Wang Yi empfangen wurde, um die künftigen Beziehungen der beiden Länder zu besprechen. Das dezidierte Interesse der chinesischen Regierung an guten Beziehungen

liegt nicht nur darin begründet, dass Afghanistan und China eine gemeinsame Grenze von 76 km haben. Das afghanische Territorium grenzt zudem an die Provinz Xinjiang, in der die von der chinesischen Regierung

«Die chinesische Regierung ist an guten Beziehungen mit Afghanistan sehr interessiert.»

unterdrückte islamische Bevölkerungsgruppe der Uiguren lebt. Abgesehen von der Notwendigkeit, für diese Streitfrage mit den Taliban eine sinnvolle Regelung zu finden, macht der Reichtum Afghanistans an Gold, Kupfer, Lithium, Erdgas, wertvollen Mineralien und Seltenen Erden das Land am Hindukusch zu einem interessanten Objekt für Chinas «Seidenstrassen-Strategie».



◀ Kommen wieder Flüchtlingsströme auf Europa zu?

Bild: Fränkischer Tag

dass auch die politische Führung Russlands schon Anfang Juli 2021 eine hochrangige Delegation der Taliban in Moskau empfangen hatte. Ebenso wie die chinesische Botschaft wurde auch die russische Botschaft in Kabul nicht geschlossen. Man zählt auf die Einhaltung der Zusagen der Taliban, die Sicherheit der Verbündeten Moskaus in Zentralasien nicht in Frage zu stellen. Diese Vorgehensweise zeigt, wie weit der amerikanische Aussenminister Antony Blinken von der Realität entfernt ist, wenn er behauptet, dass der erneut von den Taliban regierte Staat Afghanistan «in der Welt isoliert sein werde». Die neuen Herrscher in Kabul sind längst als umsichtige Partner nicht nur in der islamischen Welt anerkannt. Sie werden angesichts ihrer Erfahrungen wohl kaum terroristische Gruppierungen, wie etwa die Al-Qaeda, auf dem Territorium Afghanistans dulden. Wir sollten aber damit rechnen, dass die neuen Herrscher in Kabul solche Gruppierungen auf andere Weise unterstützen und die bereits über viele Jahre gewachsenen Verbindungen nutzen werden.

Fazit

Den Chinesen kommt dabei zugute, dass die neuen Herrscher in Kabul in vielerlei Hinsicht Hilfe von aussen brauchen und sich in einer Demandeur-Position befinden. Da die Finanzmittel aus dem Westen nun nicht mehr zur Verfügung stehen, dürfte China wohl mit Krediten in die Bresche springen. Es ist darüber hinaus zu erwarten, dass China im Zuge der künftigen Kooperation mit Afghanistan das Strassen- und Schienennetz und die Flugplätze dieses Landes ausbauen wird. Das zielbewusste Handeln mit Blick auf die grossen Chancen einer Zusammenarbeit mit den neuen Herrschern in Kabul zeigt einmal mehr die umsichtige, von Realismus geprägte Politik der chinesischen Führung. Sie weist zum einen darauf hin, wie vorteilhaft es ist, in der Führung des Landes exzellent ausgebildete Politiker zu haben. Sie belegt zum anderen, zu welchen Erfolgen das Denken und Handeln in Kategorien von Macht und Interessen führen kann.

Im Zuge des rasant ablaufenden Geschehens in Afghanistan überraschte es nicht,

Ungeachtet der Tatsache, dass der von den NATO-Ländern geführte und nunmehr mit einer totalen Niederlage beendete Krieg in Afghanistan durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates völkerrechtlich legitimiert war, werden sich die westlichen Regierungen mit ihren Fehleinschätzungen befassen müssen. Die Annahme, man könne ein streng islamisch geprägtes Land wie Afghanistan innerhalb weniger Jahre in eine westliche Demokratie umwandeln, war von Anfang an falsch. Es gilt daher, mit Blick auf künftiges politisches Handeln mehr Sorgfalt anzulegen. ■



**Oberst i Gst aD
Walter Schilling**
Dr. phil.
Freier Publizist
D-82418 Murnau



INFORMATIONSRaum

**Korpskommandant
Thomas Süssli
Chef der Armee**

Kultur und Tradition der Miliz formen die Kultur der Armee. An der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in Delémont Ende August ist mir das wieder einmal sehr bewusst geworden. Es ist einmalig, wie Angehörige der Armee aus allen Landesteilen zusammenkommen, um sich im Dienst der gemeinsamen Sache auszutauschen.

Für die Zukunft der Armee ist es entscheidend, dass wir der Miliz Sorge tragen. Der Wert der Miliz ist einzigartig. Tatsächlich tragen direkte Demokratie, vier Landessprachen, föderalistische Strukturen, eine über Jahrhunderte gewachsene Bottom-up-Kultur sowie generell das Milizprinzip zum inneren Zusammenhalt der Schweiz bei. Auch die Armee festigt diesen Zusammenhalt.

Für die Zukunft der Armee ist auch die Alimentierung entscheidend. Anfangs 2022 wird der zweite Teil des vom Bundesrat beauftragten Berichts Alimentierung vorliegen, der die längerfristige Entwicklung des Dienstpflichtsystems thematisiert. Evaluieren werden vier Modelle: Ein Sicherheitsdienst ohne Einbezug von Frauen, bei dem Zivilschutz und Zivildienst zusammengelegt sind; das norwegische Modell, in dem Männer und Frauen stellungspflichtig sind, aber nur jene rekrutiert werden, welche für die Alimentierung von Armee und Zivilschutz nötig sind; ein Bürgerdienst, der Frauen verpflichtet und die Bestände von Armee und Zivilschutz garantiert; sowie ein Bürgerdienst mit freier Wahl.

Die Lage ist ernst. Wir haben auch letztes Jahr 3000 Angehörige der Armee zu viel verloren. Meine Aufgabe ist es, zu erklären, warum es auch in Zukunft Bürgerinnen und Bürger in Uniform braucht, die einen besonderen Dienst für die Sicherheit von uns allen leisten. Und dass die Milizarmee mit ihrer Kultur und Tradition in der Lage ist, Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Ich danke all jenen, die mich dabei unterstützen.